

Entwicklungs- und Klimaschutzziele in Einklang bringen und nicht gegeneinander ausspielen

Fraktionsbeschluss 18. Januar 2010

Grüne Positionen

- Wir bekennen uns zu den internationalen Verpflichtungen Deutschlands. Die Zusage, im Jahr 2010 Mittel in Höhe von 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe aufzuwenden und diese Quote bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE ansteigen zu lassen, muss eingehalten werden.
- Für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel müssen die Industrieländer den Entwicklungsländern zusätzliche Mittel bereitstellen. Der deutsche Beitrag muss bis 2013 auf sieben Milliarden Euro jährlich aufwachsen. Bis 2020 müssen diese Mittel weiter auf 10 Milliarden Euro ansteigen, die dann jährlich den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden.
- Um die internationalen Zusagen einhalten zu können, fordern wir die Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente sowie den konsequenten Abbau von klimaschädlichen Subventionen.

1. Internationale Verpflichtungen für die Entwicklungsfinanzierung

Auf dem Millenniumsgipfel 2000 in New York hat Deutschland gemeinsam mit den anderen Industrieländern das Versprechen bestätigt und konkretisiert, bis 2015 mindestens 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel werden dringend gebraucht, um die Millenniumsentwicklungsziele (u. a. Halbierung der Zahl der Hungernden, Eindämmung von Aids, Verbesserung der Grundbildung und Trinkwasserversorgung in den Entwicklungsländern) zu erreichen. Innerhalb der EU hat Deutschland zugesagt, bis 2010 Mittel in Höhe von 0,51 Prozent für die Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen. Wir haben diese Verpflichtungen stets begrüßt. Jetzt ist die Zeit gekommen, die Versprechen in die Tat umzusetzen.

Parallel zur Erhöhung der Mittel muss die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden. Dies schließt Reformen auf Geberseite ebenso ein wie eine Stärkung der Strukturen der Partnerländer, um sicherzustellen, dass diese die zusätzlichen Mittel aufnehmen können. Keinesfalls darf jedoch die nötige Verbesserung der Wirksamkeit als bequemer Vorwand genutzt werden, um vermehrten Anstrengungen zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels aus dem Weg zu gehen.

Wir wollen die zusätzlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit aufbringen, ohne künftige Generationen zu belasten, also ohne neue Schulden aufzunehmen. Deswegen wollen wir neben Budgetmitteln, die durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen frei werden, vor allem Schuldenerlasse und innovative Finanzierungsinstrumente einsetzen.

Auch die Entwicklungspolitik muss sich an den Klimawandel anpassen. Zum einen müssen bei allen Entwicklungsprojekten die Auswirkungen auf das Klima mitberücksichtigt werden. Kohlekraftwerke in Entwicklungsländern dürfen nicht weiter durch die Entwicklungszusammenarbeit, z.B. durch die Weltbank, gefördert werden. Zum anderen müssen Entwicklungsvorhaben klimasicher gemacht werden, indem kommende Klimaveränderungen schon bei der Planung der Projekte bedacht werden. Schon heute findet im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Klimaschutz statt. Das soll auch weiter so sein. Den Entwicklungsländern, die wenig zum Klimawandel beigetragen haben, aber schon jetzt am stärksten darunter leiden, steht es aber zu, mit zusätzlichen Mitteln beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel kompensiert zu werden.

2. Klimaschutz nicht gegen Entwicklungszusammenarbeit ausspielen

Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist vor allem daran gescheitert, dass die Industrieländer nicht bereit waren, ausreichende Zusagen zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern zu machen.

Der Klimawandel ist für viele Menschen in Entwicklungsländern bereits eine bittere, lebensbedrohliche Realität. Sie müssen sich schon heute an den Klimawandel anpassen und können nicht darauf warten, bis gegebenenfalls ein Kyoto-Nachfolgeabkommen 2013 in Kraft tritt. Auch der Schutz der tropischen Regenwälder kann nicht bis 2013 aufgeschoben werden, wenn wir das 2-Grad-Ziel einhalten wollen. Wir fordern daher, dass Deutschland schon ab 2010 signifikante Mittel für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern bereitstellt. Bis 2013 müssen diese Mittel auf mindestens sieben Milliarden Euro jährlich aufwachsen - und zwar zusätzlich zu den Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit. In der Zeit von 2013 bis 2020 müssen diese Mittel weiter auf 10 Milliarden Euro ansteigen, die dann jährlich den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden.

Entsprechend des Prinzips der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeit und des Verursacherprinzips müssen die Industrieländer, die den Klimawandel verursacht haben, die Entwicklungsländer bei der Anpassung und beim Klimaschutz unterstützen.

Das Vorhaben der Bundesregierung, die im Rahmen der Verhandlungen von Kopenhagen zugesagten Mittel für den internationalen Klimaschutz als Entwicklungshilfe zu deklarieren und auf die ODA-Quote anzurechnen, trifft auf unseren scharfen Widerspruch. Die Mittel für den internationalen Klimaschutz aus der „Armenkasse“ zu nehmen, führt dazu, dass am Ende Gelder fehlen, die dringend benötigt werden, um den Hunger zu bekämpfen und Infektionskrankheiten einzudämmen. Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen miteinander in Einklang gebracht werden.

3. Innovative Finanzierungsinstrumente

Um internationalen Verpflichtungen gerecht werden und sowohl für die Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele als auch für den internationalen Klimaschutz genügend Mittel bereitstellen zu können, muss es für diese Bereiche bereits im Bundeshaushalt 2010 große Aufwüchse geben. Wenn der politische Wille da ist, ist es möglich, die erforderlichen Milliarden zu mobilisieren, ohne neue Schulden aufzunehmen. Anstatt aus klientelistischen und ideologischen Gründen auf Steuersenkungen zu bestehen, muss die Bundesregierung bestehende Potentiale nutzen. Durch den konsequenten Abbau klimaschädlicher Subventionen und die Einführung ökologisch und ökonomisch nachhaltiger Steuern wie der Finanztransaktionssteuer, kann schon 2010 das 0,51%-Ziel eingehalten und ein angemessener deutscher Beitrag zur Klimagerechtigkeit geleistet werden.

Dafür werden wir uns mit Nachdruck einsetzen.